

Brasilianische Außenpolitik unter Lula

**Multilateraler Balanceakt am Beispiel
der Süd-Süd-Kooperationen**

Freie Universität Berlin
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Sommersemester 2011

Hausarbeit zum Hauptseminar
„Das Politische System Brasiliens“
Dozent: Dr. Peter Birle

Autor: Michel Blumenstein (michel@kinra.de)
Studienfach: Politikwissenschaft (Diplom 2007) / 8. Semester
Matrikelnummer: 4202091

Inhalt

1.	Einleitung	3
2.	Internationale Kooperation als Ergebnis innenpolitischer Präferenzen	5
3.	Innerstaatliche Ebene brasilianischer Außenpolitik	9
4.	Internationale Ebene am Beispiel der Süd-Süd-Kooperationen	14
5.	Zusammenfassung	18
6.	Bibliografie	21

1. Einleitung

Mit dem Fall der Mauer im November 1989 hat nicht nur der Kalte Krieg – und damit der Ost-West-Konflikt zwischen den USA und der UDSSR – sein überfälliges Ende gefunden, sondern auch ein Weltordnung, die sich im wesentlichen an den Machtverhältnissen nach dem Ende des 2. Weltkrieges orientierte. Zunächst – so schien es zumindest in den frühen 1990er Jahren – sollten die Machtverhältnisse im System der internationalen Beziehungen hauptsächlich von der einzig verbliebenen Supermacht USA und deren westlicher Verbündeter dominiert werden. Die neuen Kräfteverhältnisse im internationalen System zeigten sich in einer spürbaren Dominanz westlicher Staaten in den jeweiligen Internationalen Institutionen, unabhängig davon, ob diese Dominanz auch tatsächlich – zum Beispiel durch wirtschaftliche, politische oder diplomatische Stärke – gerechtfertigt war. Der sich in den 1990er Jahren vollziehende Wandel hin zu einer globalisierten Welt, mit neuen wirtschaftlich aufstrebenden Staaten, förderte vor allem in diesen Staaten die Einsicht, dass eine Reform der Internationalen Organisationen und damit eine Neugestaltung des internationalen Systems unumgänglich ist. Im Fokus stand und steht dabei bis heute unter anderem die Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (UNSC), da dieses Gremium als einziges dazu legitimiert ist, Sanktionen oder militärische Aktionen gegen andere Staaten zu beschließen, also über den Frieden und die Sicherheit auf der Welt bestimmt. Die Zusammensetzung des für den Weltfrieden so wichtigen Akteurs UNSC spiegelt aber bis heute die gewandelten Verhältnisse im internationalen System nicht adäquat wieder, da die Entscheidungen des UNSC im wesentlichen von den sogenannte *Permanent Five* (P5) USA, Frankreich, England, China und Russland getroffen werden. Aber auch in anderen Internationalen Organisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO) oder dem Internationalen Währungsfond (IMF) dominieren nur wenige Staaten – allen voran die USA – die jeweilige politische Agenda. In dem Wunsch aufstrebender Mächte, Ihnen eine größere Beteiligung und Mitsprache entsprechend Ihrer hinzugewonnen wirtschaftlichen Bedeutung zu ermöglichen – zeigen sich die Erwartungen jener Reform Internationaler Organisationen. Als einer dieser aufstrebenden, aber in entscheidenden Internationalen Organisationen bisher unterrepräsentierten Mächte ist Brasilien.

Die politische Führung Brasiliens hat sich in den 1990er Jahren außenpolitisch zunächst vor allem darauf konzentriert, als „unabhängige Stimme im internationalen System“ (Soares de Lima / Hirst 2006) zu agieren und sich in diesem Sinne als erstes auf den Ausbau wirtschaftlicher Kooperationen mit den lateinamerikanischen Nachbarn konzentriert. Ein erster entscheidender Schritt hin zu einer stärkeren Rolle im internationalen System war dabei die 1990 mit dem Nachbarstaat Argentinien vereinbarte Etablierung einer Wirtschaftsgemeinschaft, in deren Folge 1991 der Mercosul gegründet wurde (Birle / Gratuís 2010: 306). In den darauffolgenden Jahren baute Präsident Cardoso (1995 – 2002) die Beziehung zu den lateinamerikanischen Staaten zwar weiter aus, aber erst unter Präsident Luiz Inácio Lula da Silva (Lula), der Brasilien von 2003 bis 2010 regierte, veränderte sich die Rolle Brasiliens im internationalen System spürbar: Das bisher als Schwellenland bezeichnete Brasilien hat im internationalen System als Mittelmacht einen Bedeutungszuwachs erfahren, der noch vor 20 Jahren undenkbar gewesen wäre und dazu geführt hat, dass die Eingangs beschriebene Machtverteilung im internationalen System ziemlich ins Wanken geraten ist.

Ziel dieser Arbeit soll es nun sein, die diesem Bedeutungszuwachs zugrunde liegenden außenpolitischen Maßnahmen am Beispiel der in der Lula-Ära intensivierten Kooperation mit aufstrebenden Ländern des globalen Südens als Ergebnis konkurrierender innenpolitischer Interessen und Akteure zu analysieren. Im ersten Teil der Arbeit wird daher zunächst ein theoretisches Fundament erarbeitet, dass die von Lula intensivierte internationale Kooperation überwiegend als strategische Überlegungen zur Maximierung des Einflusses innerhalb Internationaler Organisationen identifiziert und davon ausgeht, dass die strategischen Überlegungen von den konkurrierenden innenpolitischen Interessen und Akteuren beeinflusst werden. Im zweiten Teil der Arbeit soll dann unter Berücksichtigung der Ausgangslage zunächst den Wandel in der brasilianischen Außenpolitik unter Präsident Lula verdeutlicht werden um dann im dritten Teil der Arbeit die Aussagekraft der Annahme am Beispiel der neu geformten Süd-Süd-Kooperationen zu überprüfen. Im vierten Teil der Arbeit soll dann abschließend diskutiert werden, ob Präsident Lula durch den Ausbau der Süd-Süd-Kooperationen den angenommenen Zweck seiner außenpolitischen Maßnahmen - die Rolle Brasiliens

im internationalen System zu stärken - erfüllen konnte sowie welche Perspektiven sich daraus für die zukünftige brasilianische Außenpolitik ableiten lassen.

2. Internationale Kooperation als Ergebnis innenpolitischer Präferenzen

In der politikwissenschaftlichen Teildisziplin der Internationalen Beziehungen werden dem zeitgenössischen internationalen System 3 Grundstrukturen konstatiert (List 2006: 17): Demnach existiert im internationalen System neben einer Machtverteilung sowohl eine normative wie auch eine polit-ökonomische Grundstruktur. Die Machtverteilung im internationalen System ergibt sich aus theoretischer Sicht dabei aus der Kombination zweier unterschiedlicher theoretischer Schulen (Realismus und Kritische Theorie), mit dem Ergebnis, dass von einer materiellen Herrschaft zwischen den Staaten ausgegangen wird, die dazu führt, dass einige wenige Staaten die Rahmenbedingungen für das Handeln anderer Staaten im internationalen System gesetzt haben und deren andauernde Vorherrschaft zur Prägung der internationalen Verhältnisse geführt hat. Dagegen wird die normative Grundstruktur im internationalen Systems aus theoretischer Sicht als eine formal herrschaftsfreie Ordnung verstanden, die eine Koordination – zum Beispiel in Internationalen Organisationen – unter den gleichgestellten Staaten erforderlich macht. Im Gegensatz dazu resultiert die polit-ökonomische Grundstruktur des internationalen Systems aus theoretische Sicht aus der historisch erwachsenen, ungleichen politischen und ökonomischen Entwicklung der einzelnen Staaten (dies zeigt sich zum Beispiel in der Unterteilung in Industrie- und Entwicklungsländer). Im Sinne dieses Grundverständnisses des internationalen Systems lässt sich die Außenpolitik eines Staates somit als Instrument zur Durchsetzung der eigenen polit-ökonomischen Interessen innerhalb des herrschaftsfreien internationalen Systems gegenüber den polit-ökonomischen Interessen der anderen Staaten einordnen, mit dem Ziel, die Vorherrschaft der bestehenden Rahmenbedingungen - also die gültigen internationalen Normen bzw. Regime – an die tatsächlichen Machtverhältnisse im internationalen System anzupassen. Außenpolitik dient also der Koordination konkurrierender internationaler Interessen und ist das Instrument zur Durchsetzung eigener

Interessen in einem von einigen wenigen Staaten dominierten internationalen System von knapp 200 Staaten.

Wie bereits erläutert, basiert die normative Struktur des modernen internationalen System auf der Annahme, dass im Gegensatz zur innerstaatlichen Struktur, in der einer Regierung die Koordination der gesellschaftlichen Angelegenheiten übertragen wird, die internationale Struktur von der Abwesenheit eines entsprechenden gemeinsamen Souverän gekennzeichnet ist. Es herrscht quasi Anarchie im internationalen System, da eben keine Regierung existiert und die einzelnen Staaten für ihr eigenes Überleben zu sorgen haben, wodurch es zu einem ständigen Wettbewerb zwischen verschiedenen unverbindlichen bzw. nicht durchsetzbaren Normen für das internationale System kommt. Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang aufdrängt, ist nun, welche außenpolitischen Instrumente den einzelnen Staaten denn in einem anarchisch strukturierten, internationalen System eigentlich zur Verfügung stehen um die eigenen Interessen (Sicherheit, Wirtschaftswachstum, Wohlfahrt) auch wirklich erfolgreich durchzusetzen. In der politischen Philosophie existieren über die Anwesenheit von Anarchie in einem politischen System zwei verschiedene Grundannahmen: Im Sinne des von Thomas Hobbes im 17. Jahrhundert formulierten Realismus basiert der Naturzustand eines herrschaftsfreien Systems auf Gewalt und Krieg wohingegen John Locke ein halbes Jahrhundert später mit seinem Liberalismus die Annahme formuliert, dass eine Gesellschaft im wesentlichen auf der Schaffung von Regeln und Kooperationen beruht und die Auswirkungen von Anarchie dadurch gemindert werden können (Nye 2005: 4). Überträgt man diese theoretischen Grundannahmen hinsichtlich des Naturzustandes eines herrschaftsfreien Systems nun auf das heutige internationale System mit all seinen Internationalen Organisationen, Normen und Verträgen bzw. Abkommen, zeigt sich, dass sich der liberale Ansatz Lockes zwar nicht bei allen aber zumindest bei den meisten außenpolitischen Akteuren durchgesetzt hat und zum besseren Verständnis des Handelns der einzelnen Staaten besser geeignet ist als der realistische Ansatz Hobbes. Andernfalls wäre davon auszugehen, dass Gewalt und Krieg als außenpolitisches Instrument eine bis heute wesentlich bedeutendere Rolle zukommen müsste als tatsächlich konstatiert werden kann. Daran anschließend stellt sich aber wiederum die Frage, warum Staaten im internationalen System zur Durchsetzung der eigenen Interessen überwiegend kooperieren anstatt

ständig Krieg gegeneinander zu führen? Um diese Frage beantworten zu können, existieren in der systemischen Theorie internationaler Beziehungen zwei theoretische Ansätze, wobei einer davon die zuvor beschriebenen Grundannahmen Hobbes und Lockes in sich vereint: Der rationalistische Ansatz unterstellt den Staaten rationales Handeln zur Gewinnmaximierung als Folge fixer innerstaatlicher Präferenzen. Erreicht werden kann dies auf zwei Wegen: durch den realistischen Ansatz des Einsatzes von Gewalt und Krieg (Realismus) oder durch den liberalen Ansatz der Kooperation durch Schaffung von Normen und Organisationen (Institutionalismus). Der zweite Ansatz in der Theorie internationaler Beziehungen - der konstruktivistische Ansatz - geht dagegen davon aus, dass nicht die Gewinnmaximierung als Ziel der Außenpolitik (Sicherheit, Wirtschaft, Wohlstand) handlungsleitend für die staatlichen Akteure ist, sondern die Erfüllung gültiger Normen. Sind Normen vorhanden und werden diese akzeptiert, dann sind diese im wesentlichen handlungsleitend für die Außenpolitik eines Staates und führen zur Kooperation.

Beide Ansätze in der zeitgenössischen Theorie internationaler Beziehungen ermöglichen somit eine genauere Analyse der Außenpolitik eines Staates in dem heutigen, von Institutionen dominierten internationalen System. In den 1990er Jahren etablierte sich innerhalb des rationalen Institutionalismus-Ansatzes der liberale Ansatz, „dass die Position und der Erfolg von Staaten in internationalen Verhandlungen im Wesentlichen von einem durch binnenstaatliche Akteure vorgegebenen Handlungsrahmen (win-set) beeinflusst wird“ (Harnisch 2003: 325). Die Ziele einer Außenpolitik werden demnach also von 2 Seiten beeinflusst: zum einen durch die internationale Umwelt und deren politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und internationalen Institutionen und Normen und zum anderen durch die innerstaatlichen Verhältnisse, also dem Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft aber auch dem Zustand des politisch-administrativen Systems. Diese theoretische Annahme zu den Zusammenhängen außenpolitischen Handelns basiert im wesentlichen auf Putnams Ansatz eines Spiels auf 2 sich wechselseitig beeinflussenden Ebenen: Auf der ersten, der innerstaatlichen Ebene, üben zum einen innerstaatliche Interessengruppen zur Durchsetzung ihrer präferierten Maßnahmen Druck auf die Regierung aus und zum anderen wird von den Politikern zur Stärkung der eigenen Macht der Versuch unternommen, innerhalb der

Interessengruppen Koalitionen zu bilden. Auf der zweiten, der internationalen Ebene agieren Regierungen bzw. deren Vertreter dann mit dem Ziel, die Fähigkeit zur Durchsetzung der innenpolitischen präferierten Maßnahmen zu maximieren (Putnam 1988: 434). Eine Regierung wird in ihrem außenpolitischen Handeln im internationalen System also von innerstaatlichen Interessengruppen und deren Präferenzen beeinflusst. Von den Staaten angestrebte internationale Kooperationen können also nur dann gelingen, wenn sich die jeweiligen innerstaatlichen Präferenzen, die von den Regierungen in internationalen Verhandlungen eingebracht werden, in Übereinstimmungen bringen lassen, sich also in bestimmten Punkten überschneiden.

Außenpolitik kann für die Fragestellung dieser Arbeit im Anschluss an die soeben dargestellten theoretischen Grundüberlegungen also als ein politisches, auf Nutzenmaximierung angelegtes Handeln verstanden werden, zu dessen Analyse 2 Grundfragen gestellt werden müssen: 1. Wie ist die Struktur des internationalen Systems, also welche Normen, Institutionen und Akteure gibt es und 2. Wie ist die innerstaatliche Struktur, also welche Normen gibt's und welche Institutionen und Akteure sind an den politischen Entscheidungsprozessen beteiligt? Die Frage nach der innerstaatlichen Struktur umfasst dabei die Teilfragen zum politischen System, den gesellschaftlich relevanten Interessengruppen und der sozioökonomischen Situation.

Im Rahmen dieser Arbeit soll die Analyse der brasilianische Außenpolitik unter Präsident Lula unter Berücksichtigung genau dieser Fragen analysiert und der Versuch unternommen werden, am Beispiel der Süd-Süd-Kooperationen so zu argumentieren, dass die export-orientierten innerstaatlichen Präferenzen handlungsleitend für die brasilianische Außenpolitik unter Präsident Lula gewesen sind. In nächsten Schritt soll daher zunächst geklärt werden, wie genau die innerstaatlichen Präferenzen in Brasilien zustande kommen, was diese sind und in welcher Weise diese die brasilianische Außenpolitik beeinflusst haben. Anschließend sollen dann am Beispiel der Süd-Süd-Kooperationen die erarbeiteten innerstaatlichen Präferenzen und deren Einfluss auf das außenpolitische Handeln im Kontext der vorherrschenden Struktur des internationalen Systems nachgewiesen werden.

3. Innerstaatliche Ebene brasilianischer Außenpolitik

Laut Weltbank (2011) hat Brasilien sich mit einem Bruttoinlandsprodukt von knapp über 2 Billionen US Dollar im Jahr 2010 inzwischen zur siebtgrößten Volkswirtschaft der Welt entwickelt. Mit einer Population von knapp 195 Mio. Einwohnern und einer Landfläche von knapp 8,5 Mio. Quadratkilometern ist es das fünftgrößte Land der Welt und schon deshalb nicht nur ein führender Akteur auf dem südamerikanischen Kontinent sondern auch ein bedeutender Akteur in der internationalen Staatengemeinschaft. Brasilien hat seit seiner Unabhängigkeit von den Portugiesen im 19. Jahrhundert eine wechselvolle Geschichte hinter sich und erst mit dem Sturz der Militärdiktatur Ende der 1980er Jahre den Weg in eine demokratisch verfasste Gesellschaftsordnung gefunden. Ende der 1980er Jahre, also in den ersten Jahren der Demokratisierung Brasiliens, standen zunächst eine neue Verfassung und anschließend die Beseitigung der Folgen der wirtschaftlichen Krise der 1980er Jahre auf der politischen Agenda. In der Verfassung von 1988, die das Land in die Demokratie überführte, konstituierte sich in einem bis dahin einmaligen Prozess zivilgesellschaftlicher Partizipation Brasilien als eine föderale Republik mit 26 relativ autonomen Staaten. Der Regierungschef, der zugleich Staatsoberhaupt ist, wird alle 4 Jahre für längstens 2 Amtszeiten direkt von der Bevölkerung gewählt. Die letzten Präsidentschaftswahlen fanden im Herbst 2010 statt und als Gewinnerin ging die aus dem linken Lager stammende und der brasilianischen Arbeiterpartei PT angehörende Dilma Rousseff hervor. Sie löste als erste Frau in der Geschichte Brasiliens im Januar diesen Jahres den zuvor von 2003 bis 2010 regierenden Lula ab. Zu den wesentlichen Aufgaben des Staatsoberhauptes gehört die Bildung und Führung einer Regierung und die Leitung der Verwaltung auf nationaler Ebene, also die Wahrnehmung der exekutiven Aufgaben. Da anders als zum Beispiel in Deutschland die Regierung in Brasilien nicht aus einer parlamentarischen Mehrheit heraus, sondern von einem direkt vom Volk gewählten Präsidenten gebildet wird, kommt der Legislative, also dem Parlament in Brasilien, eine besondere Rolle zu, da die Regierung in Abhängigkeit der jeweiligen Kräfteverhältnisse innerhalb des Parlaments im schlechtesten Fall auch zu einer Zusammenarbeit mit anderen politische Kräften gezwungen ist. Innerhalb des Parlaments ist die Regierung auf entsprechenden

Rückhalt angewiesen und muss daher Koalitionen schmieden, weshalb im Falle Brasiliens in der entsprechenden Fachliteratur auch vom Koalitionspräsidentialismus gesprochen wird (Costa 2010: 119). Die Regierung ist also auf innerstaatlicher Ebene auf eine erfolgreiche Kooperation mit dem im Parlament vertretenden Parteien und deren wiederstreitenden Interessen angewiesen. Unter Präsident Lula führte dies zeitweise dazu, dass dessen Regierung auf die Unterstützung von bis zu acht Parteien angewiesen war (a.a.O).

Das Parlament selbst ist, entsprechend der in der Verfassung festgeschriebenen föderalen Ordnung, in 2 Kammern unterteilt. Der Senat ist, ähnlich dem deutschen Bundesrat, die Vertretung der 26 Staaten und setzt sich aus je 3 Vertretern eines Staates zusammen die für acht Jahre direkt von der Bevölkerung des jeweiligen Staates gewählt werden. Unterschiede zwischen den Staaten (wie etwa die Größe der Bevölkerung) werden nicht berücksichtigt. Alle Staaten haben das selbe Stimmengewicht, was zu einer weiteren Besonderheit im politischen System Brasiliens führt: wirtschaftlich schwächere oder bevölkerungsärmere Staaten sind in gewisser Weise überrepräsentiert und können somit mehr Einfluss auf die politische Agenda des Senates bzw. des gesamten Parlamentes ausüben. Aufgrund historischer Entwicklungen gibt es gravierende Unterschiede zwischen dem zumeist durch den landwirtschaftlichen Sektor geprägten, dünnbesiedelten Norden des Landes und dem durch den industriellen Sektor geprägten, dichtbesiedelten Süden des Landes. So erwirtschaftet der im Süden des Landes gelegene Großraum Sao Paulo mit seinen mehr als 20 Mio. Einwohnern jährlich einen Anteil von knapp 30% des Bruttosozialprodukts. Diese Dominanz spiegelt sich aber durch die zahlenmäßige Gleichbehandlung aller Staaten im Senat nicht wieder. Die Belange eines größeren Teils der Bevölkerung und deren wirtschaftliche Leistung finden somit im Senat nicht die entsprechende Berücksichtigung. Den einzelnen Regionen kommt somit eine nicht zu unterschätzende Rolle als innenpolitischer Akteur zu. In der zweiten Kammer des Parlaments kommen, ähnlich dem deutschen Bundestag, die für eine Amtszeit von 4 Jahren gewählten Abgeordneten der einzelnen Parteien zusammen. Die insgesamt 513 Sitze werden dabei im Gegensatz zum Senat unter den Staaten entsprechend der Anzahl Ihrer Einwohner aufgeteilt. Die brasilianische Parteienlandschaft ist im Gegensatz zu der deutschen Parteienlandschaft stark zersplittert, was sich auch in der aktuellen Zusammensetzung im Abgeordnetenhaus

widerspiegelt: die 513 Sitze werden seit Ende 2010 zwischen 21 Parteien aufgeteilt. Mit 87 Sitzen ist die Arbeiterpartei PT, die seit 2003 auch den Präsidenten stellt, zwar die größte Fraktion, kann aber ohne die anderen Parteien keine eigene Mehrheit im Abgeordnetenhaus stellen und ist somit bei Gesetzesvorhaben auf deren Zustimmung angewiesen. Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass innerhalb des brasilianischen politisch-administrativen Systems eine Vielzahl von Akteuren berücksichtigt werden müssen, um politischen Entscheidungen und politisches Handeln in Brasilien besser verstehen zu können. Neben den Akteuren der politisch-administrativen Ebene existieren aber auch noch andere Akteure, die Ihre Präferenzen gegenüber der jeweiligen Regierung durchzusetzen versuchen und berücksichtigt werden müssen. Neben den zumeist lokal verankerten Gewerkschaften spielt auch die katholische Kirche eine wichtige Rolle als innerstaatlicher Akteur.

Trotz aller Komplexität der in die politischen Prozesse involvierten Interessengruppen lassen sich innerhalb der Exekutive 2 konkurrierende politische Strömungen identifizieren: auf der einen Seite die neoliberale und auf der anderen Seite die sozial-Keynesianische Achse (Schmalz 2009: 4). Die Akteure der neoliberalen Achse können im wesentlichen dem Finanzsektor, den exportorientierten Unternehmen, Teilen der bürgerlichen Mittelschicht und auch konservativen Kräften innerhalb der Arbeiterpartei und sozialen Bewegung zugeordnet werden und kontrollieren die Zentralbank (Banco Central), das Finanzministerium (Ministério da Fazenda) und das Landwirtschaftsministerium (Ministério da Agricultura), wohingegen die Akteure der sozial-Keynesianischen Achse, also die zumeist linksorientierten Teile der Industrie, der Arbeiterpartei und der sozialen Bewegungen, das Außenministerium (Ministério das Relações Exteriores) die Aufbaubank (BNDES Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social) und das Planungsministerium (Ministério do Planejamento) kontrollieren (Schmalz 2009: 8). Beide Achsen vertreten jeweils unterschiedliche Präferenzen, die letztlich auch Auswirkungen auf die außenpolitischen Leitlinien und Strategien haben. Mit der Wahl Lulas im Jahr 2002 zum Präsidenten haben sich die Gewichte zwischen den beiden Achsen spürbar verschoben: Im Kontext wirtschaftlicher Stagnation und sozialer Missstände, wie ungerechte Einkommensverteilung und hohe Armutsraten, ist Lula zu Beginn des Jahrtausends

mit der Erwartung ins Amt gewählt wurden, diesen Missständen ein Ende zu setzen. Gelingen sollte dies in erster Linie durch die Fortsetzung der unter seinem Vorgänger Cardoso eingeleiteten wirtschaftspolitischen Reformen zur Stärkung der heimische Wirtschaft, zusätzlich dazu aber auch breit angelegten Sozialprogramme zur Unterstützung der ärmeren Bevölkerung. Letzteres schien aber gerade in den ersten Jahren der Regierung Lula nur dann erfolgreich umzusetzen, wenn auch die wirtschaftliche Entwicklung einen positiven Verlauf nimmt. Lula wählte also einen – aus Sicht der 2 existierenden Achsen – integrativen Ansatz, der als Versuch gewertet werden kann, beide Strömungen im politischen Tagesgeschäft entsprechend zu berücksichtigen. Etwas anderes blieb Lula angesichts der zuvor dargestellten Komplexität innerhalb des brasilianischen politischen Systems wohl auch nicht übrig, war er doch im Parlament zur Durchsetzung seines Programms auch auf die Stimmen der anderen Parteien angewiesen. Die Einbindung Brasiliens in die globalen Märkte beschränkte sich zu der Zeit im wesentlichen auf intraregionale Handelsbeziehungen innerhalb des 1991 gegründeten südamerikanischen Marktes Mercosul, so dass es in diesem Bereich noch ein großes Entwicklungspotential für den Ausbau der internationalen Handelsbeziehungen gab. Innerhalb der brasilianischen Wirtschaft hatten vor allem die exportorientierten Sektoren großes Interesse an einer intensiveren Einbindung der brasilianischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft, versprach man sich dadurch doch einen Anstieg der Exporte und damit den erwünschten positiven Effekt für die heimische Wirtschaft. Eine Öffnung anderer Märkte zur Steigerung des Absatzes brasilianischer Produkte war aber nicht so einfach möglich, da vor allem die großen westlichen Industriestaaten USA und EU Ihre Märkte für Industrie- und Agrarprodukte abschotteten. Um dem Wunsch der exportorientierten brasilianischen Wirtschaft dennoch nachkommen zu können, mussten neue Märkte erschlossen werden, was angesichts der von den westlichen Industriestaaten dominierten internationalen Institutionen aber eine Mammutaufgabe darstellte, weil außerhalb der etablierten Institutionen neue Allianzen gefunden werden mussten. Brasilien war für die führenden Industrieländer zwar als Absatzmarkt interessant, eine Öffnung der eigenen Märkte für brasilianische Agrarprodukte wurde aber mit allen Mitteln bekämpft. Angesichts dieser festgefahrenen Situation und den gescheiterten Verhandlungen auf internationaler Ebene mussten neue auf

Diversifizierung der internationalen Beziehungen angelegte Maßnahmen ergriffen werden (Vigevani / Cepalun 2007: 1321). Eine Schlüsselrolle für die Durchsetzung der neuen brasilianischen Interessen sollte dabei die Außenpolitik spielen.

Die Geschichte der brasilianischen Außenpolitik ist eng mit dem Außenministerium verbunden. Das als Itamaraty bezeichnete Ministerium hat eine lange Tradition und ist das wichtigste außenpolitische Instrument der brasilianischen Exekutive. Es galt bisher als autonome Institution der eine hohe Professionalität attestiert wird und der brasilianischen Außenpolitik unabhängig von der jeweiligen Regierung ein gewisses Maß an Struktur verliehen hat (Seifert 2009: 36). Als Konstanten brasilianischer Außenpolitik gelten die guten wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA, die Skepsis gegenüber internationalen Regimen aber auch der Drang nach größerem Einfluss innerhalb dieser, sowie der regionale Führungsanspruch auf dem südamerikanischen Kontinent.

Mit dem Amtsantritt Lulas im Jahr 2003 wurde die bisherige Autonomie des Außenministeriums jedoch gebrochen, da nun auch der Präsidenten selbst eine stärkere Rolle in der Außenpolitik wahrzunehmen versuchte: Allein in seiner ersten Amtszeit hat Lula weit öfter außerhalb Brasiliens verweilt als sein Vorgänger in beiden Amtszeiten zusammen (Cason / Power 2009: 119 & 123). Lula verstand es dabei von Anfang an, die von ihm präferierten Leitlinien der brasilianischen Außenpolitik im internationalen System zu artikulieren. Im September 2003 gelang es den Entwicklungsländern sich unter Führung von Brasilien und Indien in Form der G20 als eigenständigen Akteur auf der 5. Ministerkonferenz der WTO im mexikanischen Cancun zu etablieren und sich somit erstmals dem Druck der Industriestaaten erfolgreich zu widersetzen. Die unterschiedlichen Agrarinteressen und die von den Industrieländern geforderten *Singapore Issues* (Ausländische Direktinvestitionen, Handelsliberalisierung) führten zu einer Revolte der Entwicklungsländer, zumeist Staaten des globalen Südens wie Argentinien, Indien, Süd-Afrika, Venezuela und Chile aber auch China, Türkei und Pakistan. Dieses historische Ereignis veränderte die bisherige außenpolitische Linie Brasiliens, die unter Cardoso noch eine positive Haltung gegenüber den Forderungen der Industrieländer nach Liberalisierung bedeutete. Cancun war der Anfang vom Ende der bisherigen unilateralen Ordnung internationaler Regime und Präsident Lula hat sich bei diesem Prozess als treibende Kraft hervorgetan (Patel 2007). Von nun an

sollte die brasilianischer Außenpolitik weder von themenspezifischen noch ideologischen Koalitionen dominiert werden. Die Ziele waren nun vielmehr Generation von Wissen, Austausch von Informationen und die Kooperation mit anderen Akteuren des globalen Südens. Infolge der Ereignisse im Jahr 2003 hat es Brasilien unter Präsident Lula geschafft, sich als einen von allen Seiten geachteten Vertreter und Sprecher der Länder des globalen Südens zu etablieren und dabei gleichzeitig die wirtschaftlichen Beziehungen mit den Ländern des globalen Südens soweit ausgebaut, dass Brasilien neben China inzwischen zu einem der wichtigsten Entwicklungsländer aufgestiegen ist. Im folgenden sollen daher die wichtigsten Koalitionen mit Ländern des globalen Südens analysiert und anhand dieser die internationale Ebene brasilianischer Außenpolitik verständlich gemacht werden.

4. Internationale Ebene am Beispiel der Süd-Süd-Kooperationen

Wie im vorhergehenden Abschnitt erläutert, änderte sich die brasilianische Außenpolitik mit dem Amtsantritt Lulas und hat eine neue Schwerpunktsetzung erfahren. Die traditionellen außenpolitischen Leitlinien wie Autonomie, Skepsis gegenüber internationalen Regimen und regionale Vormachtstellung sollten zwar nicht grundsätzlich verworfen, aber um eine strategische, eine auf Stärkung der inländischen Exportwirtschaft gerichtete, Komponente ergänzt werden. Gleichzeitig versuchten die Industriestaaten, zumeist Länder des globalen Nordens, in vielen Bereichen Ihre eigenen, mit den brasilianischen Interessen wenig kompatiblen Interessen durchzusetzen, so dass eine stärkere Kooperationen mit diesen Staaten durch Verhandlungen nicht erreicht werden konnte. Stattdessen wurden neue Partner unter den anderen aufstrebenden Ländern des globalen Südens gefunden und neben den bisherigen, zumeist auf Südamerika beschränkten Initiativen wie dem Mercosul, neue Koalitionen geschmiedet.

Ein erster Schritt in die Richtung, der über die bisherigen Koalitionen auf dem südamerikanischen Kontinent hinaus ging, war die Gründung des gemeinsamen Dialogforums zwischen Brasilien, Indien und Südafrika (IBSA) im Juni 2003 in der brasilianischen Hauptstadt Brasilia, also kurz nach dem Amtsantritt Lulas und noch vor der Revolte von Cancun. Die Idee hinter dem aus einer relativ kleine Gruppe von Ländern des globalen Süden bestehenden IBSA-Forum ist überwiegend

strategischen Ursprungs: jedes einzelne Land für sich genommen nahm in seiner Region durch die eigene wirtschaftliche Stärke eine gewisse hegemoniale Position ein und nahm sich selber als Regionalmacht und aufstrebendes Entwicklungsland war. Alle 3 Staaten strebten daher nach größerem Einfluss in den Institutionen des internationalen Systems, hatten aber keine Chance, dies im Alleingang zu erreichen. Entsprechend der Deklaration von Brasilia sollten engere Beziehungen in den Bereichen Biotechnologie, erneuerbare Energie, Raumfahrt, Landwirtschaft und Verteidigung, regelmäßige trilaterale Treffen und die Formulierung gemeinsamer außenpolitischer Präferenzen die jeweilige Position im internationalen System stärken und eine Reform internationaler Institutionen zum Gegenstand internationaler Verhandlungen machen. So wird zum Beispiel von allen 3 Staaten eine Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und die Aufnahme als ständige Mitglieder gefordert, mit dem Ziel, internationale Institutionen fairer und demokratischer zu gestalten (Amorim 2010: 231). Bis heute hat im Rahmen des IBSA-Forums 4 Gipfeltreffen, 15 gemeinsame Treffen der Außenminister und eine noch größere Zahl anderer interministerieller oder zivilgesellschaftlicher Treffen gegeben in deren Folge die diplomatischen Beziehungen zwischen den 3 aufstrebenden Entwicklungsländern intensiver als je zuvor ausgebaut werden konnten. Im Rahmen des IBSA-Dialogs entstanden aber auch Projekte, die auch anderen Ländern des Südens eine Teilhabe an der Entwicklung der aufstrebenden Entwicklungsländer ermöglichen sollten. Möglich machte dies ein gemeinsamer Fond, der hauptsächlich zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten in einigen der ärmsten Länder der Welt eingerichtet wurde. Im Gegensatz zur Bewegung der blockfreien Staaten (Non-Aligned Movement NAM), eine Ergebnis des Ost-West-Konflikts in der Zeit des kalten Krieges, die als erstes Beispiel für Süd-Süd-Kooperationen gesehen werden kann, waren die Bemühungen der IBSA-Staaten aber nicht auf Unabhängigkeit von den Industriestaaten ausgerichtet. Vielmehr sollte durch den Zusammenschluss eine Zusammenarbeit mit den Industriestaaten in den internationalen Institutionen auf gleicher Augenhöhe ermöglicht werden. Bis heute ist dies noch nicht in der Form gelungen, wie es sich Brasiliens politische Elite wünschen würde, jedoch hat sich durch die Kooperation im Rahmen des IBSA-Dialoges für Brasilien ein geeignetes Instrument zur Durchsetzung der

innenpolitischen export-orientierten Präferenzen aufgetan, ohne das Brasilien seinen wirtschaftlichen Aufschwung sicher nicht hätte verwirklichen können.

Der Dialog zwischen den 3 aufstrebenden Staaten des globalen Südens hat neben den engeren wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen aber auch die Grundlagen für die bereits beschriebene Revolte von Cancun und den Zusammenschluss der wichtigsten Länder des globalen Südens in der G20 innerhalb der WTO gelegt. Die G20 ist eine Gruppe aufstrebender Entwicklungsländer und am wenigsten entwickelter Länder innerhalb der Welthandelsorganisation und damit zu einem entscheidenden Akteur und Vertreter der Interessen der Länder des globalen Südens innerhalb einer internationalen Institution geworden. Die entwickelten Industrieländer haben es seitdem schwerer, Ihre Präferenzen und damit verbundenen Forderung gegenüber den Entwicklungsländern durchzusetzen. Dies blieb nicht ohne Folgen für die Industrieländer, mussten diese doch anerkennen, die Bedingungen im internationalen System nicht mehr alleine diktieren zu können. Zusammen mit den wichtigsten Schwellenländern treffen sich die sogenannten G8-Staaten, also die acht größten Industriestaaten, inzwischen zu regelmäßigen Gipfeln im Rahmen der sogenannten G20-Gipfel, zuletzt im Oktober 2011 im französischen Cannes. Dies zeigt die neue Rolle, die sich aufstrebende Entwicklungsländer wie Brasilien mit Ihrer außenpolitischen Agenda der Süd-Süd-Kooperationen erarbeitet haben.

Ein anderes Beispiel für die zunehmende Bedeutung von Kooperationen mit Ländern des globalen Südens in der brasilianischen Außenpolitik unter Präsident Lula ist die voranschreitende Institutionalisierung der Gruppe der BRICS-Staaten. Diese von dem für Goldman Sachs arbeitenden Finanzanalysten Jim O'Neill eingeführte Kategorie der sogenannten BRIC-Staaten umfasste zunächst die in den letzten Jahren am stärksten wachsenden Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien und China. Alle 4 Länder zusammengenommen repräsentieren demnach ein Drittel der Weltbevölkerung und sind für 15% des globalen Bruttosozialproduktes, sowie für die Hälfte des wirtschaftlichen Wachstums in den letzten 10 Jahren verantwortlich. Inzwischen wurde die Institutionalisierung der auf internationale Kooperation ausgerichteten Beziehung zwischen den Staaten vorangetrieben und Südafrika als fünftes Land integriert, jedoch ist die Zielsetzung im Vergleich zur Kooperation im Rahmen des IBSA-Dialogs eine andere. Im Gegensatz zum IBSA-

Forum ist die Kooperation der BRICS-Staaten nicht primär auf den Ausbau wirtschaftlicher Zusammenarbeit ausgerichtet, sondern der Versuch, ein neues, auf multilateraler Basis agierendes Schwergewicht in den internationalen Beziehungen zu etablieren. Die Kooperationen im Rahmen der BRICS-Foren sind wie die G20 innerhalb der WTO auch schon für Brasilien nur ein weiteres Instrument außenpolitischer Politik, die darauf ausgerichtet ist, innenpolitische exportorientierte Präferenzen zu befriedigen (Amorim 2010: 232).

Die G20, das IBSA-Forum und die Kooperationen im Rahmen der BRICS sind das Ergebnis einer von Lula neu ausgerichteten brasilianischen Außenpolitik und verdeutlichen den multilateralen Ansatz des aus dem linken Lager stammenden Präsidenten. Lula hat es in geschickter und kreativer Weise verstanden, die brasilianische Außenpolitik auf die von den innerstaatlichen exportorientierten Akteuren formulierten Präferenzen auszurichten. Inzwischen spielen die Handelsbeziehungen zu den neuen Partnern des globalen Südens eine größere Rolle als die traditionell guten wirtschaftlichen Beziehungen zu den Industriestaaten des globalen Nordens. Brasilien konnte sich, ohne größere Zugeständnisse machen zu müssen, neue Absatzmärkte erschließen, wovon vor allem die inländische Wirtschaft profitieren konnte. Erst der daraus resultierende ökonomische Erfolg ermöglichte es Lula, seine ambitionierten Sozialprogramme wie höhere Mindestlöhne, Investitionen in den Bildungssektor und die längst überfällige Modernisierung der Infrastruktur durchzuführen. Nebenbei haben die neuen Ansätze in der brasilianischen Außenpolitik unter Präsident Lula aber auch dafür gesorgt, dass Brasilien seine diplomatischen Kontakte massiv ausgebaut hat und so seinen Einfluss im internationalen System nachhaltig vergrößert werden konnte. Allein in der Amtszeit von Präsident Lula vergrößerte sich die Zahl diplomatischer Einrichtungen, also Botschaften, Vertretungen bei Internationalen Organisationen, Konsulate und diplomatischen Büros, von 150 auf 230. Der größte Teil der neuen diplomatischen Einrichtungen befindet sich in Ländern des globalen Südens in Regionen wie Afrika, Asien und Südamerika. Aber nicht nur der Ausbau der diplomatischen Institutionen in anderen Ländern ist eine Folge der Politik Lulas. Gestiegen ist auch das Reiseaufkommen in Folge diplomatischer Zusammenkünfte. So reiste alleine der Präsident in seiner Amtszeit zu 259 Treffen in 83 verschiedenen Ländern und führte offizielle Empfänge für hochrangige Vertreter von insgesamt

137 Staaten durch. Zusammen mit den offiziellen Auslandsaufenthalten des Außenministers ergibt sich die beeindruckende Zahl von insgesamt 904 außenpolitisch relevanten Treffen in 8 Jahren Regierungszeit. Brasilien hat somit unter Lula den Dialog mit allen wesentlichen Ländern der Erde vorangetrieben und dadurch eine offensivere Rolle im internationalen System einnehmen können.

5. Zusammenfassung

Ziel dieser Arbeit ist es gewesen, die brasilianische Außenpolitik unter Präsident Lula am Beispiel der von ihm initiierten Süd-Süd-Kooperationen als eine Strategie zur Durchsetzung innerstaatlicher export-orientierter Präferenzen zu identifizieren. Auf der Grundlage des theoretischen Ansatzes des liberalen Institutionalismus konnte zunächst ein Grundverständnis für die Strukturen und Abläufe internationaler Beziehungen erarbeitet werden. Diesem Grundverständnis folgend, kann die Außenpolitik eines Landes im wesentlichen auf den 2 Ebenen innerstaatliche Präferenzen und internationale Machtverhältnisse analysiert werden: konkurrierende Interessengruppen einer Gesellschaft artikulieren Ihre Präferenzen gegenüber der Regierung und setzen somit den Rahmen innerhalb dessen die Regierung ihre außenpolitischen Ziele im internationalen System durchzusetzen vermag. Aber auch die Machtverhältnisse innerhalb internationaler Institutionen haben Einfluss auf die Durchsetzungsfähigkeit der außenpolitischen Ziele einer Regierung, gerade dann wenn diese zu einer Benachteiligung der eigenen Verhandlungsposition führen. Im Falle Brasiliens hat sich bei der Analyse der innerstaatlichen Ebene gezeigt, dass zum einen in der brasilianischen Gesellschaft zwei Interessengruppen miteinander konkurrieren, die unterschiedliche Präferenzen hinsichtlich außenpolitischer Ziele haben und zum anderen ein autonomes, traditionellen Leitlinien verpflichtetes Außenministerium mit eigenen außenpolitischen Präferenzen die exekutive Verantwortung inne hat. Mit der Wahl Lulas zum Präsidenten verband sich vor allem die Hoffnung auf soziale Reformen. Möglich werden konnten diese Reformen aber nur bei gleichzeitigem wirtschaftlichem Wachstum. Ein Möglichkeit zu mehr Wachstum in Brasilien bot der internationale Handel und Präsident Lula richtete die Außenpolitik schon in den ersten Tagen seiner Amtszeit genau in diesem Sinne mit neuen Schwerpunkten aus.

Neue wirtschaftliche und diplomatische Kooperationen, vornehmlich mit Ländern des globalen Südens, wurden von Lula vorangetrieben mit dem Ergebnis, dass Brasilien seit Jahren hohe Wachstumsraten bei der Produktivität aufzuweisen hat und mittlerweile die siebtgrößte Volkswirtschaft ist. Die Kooperationen mit den Staaten des globalen Südens haben aber gleichzeitig auch die bestehenden Machtverhältnisse innerhalb der internationalen Organisationen bröckeln lassen und den aufstrebenden Entwicklungsländern eine neue Verhandlungsposition gegenüber den führenden Industrieländern ermöglicht. Lula ist mit seinen außenpolitischen Maßnahmen der Balanceakt geglückt, Brasiliens internationale Rolle in verschiedenen multilateralen Kooperationen durch geschicktes Verhandeln zu stärken und zugleich noch ökonomisches Kapital im Sinne der innerstaatlichen Präferenzen zu generieren. Die brasilianische Außenpolitik folgte damit im Grunde zwar wirtschaftspolitischen Interessen die neben dem etablierten diplomatischen Akteuren nun verstärkt vom Präsidenten selbst auf der internationalen Bühne vertreten wurde. Damit ist die brasilianische Außenpolitik aber nicht mehr nur Sache des Außenministeriums gewesen, sondern auch zu einem politischen Instrument Lulas geworden. Lula wusste es zu nutzen und trat außenpolitisch als verantwortungsvoller aber auch selbstbewusster Vertreter Brasiliens auf. Der bisher erfolgreich eingeschlagenen Weg Brasiliens lässt aber auch die Sorge aufkommen, dass die multilateralen Kooperationen die diplomatischen Kapazitäten Brasiliens mittelfristig zum Beispiel dadurch überfordern, dass Weltwirtschaftskrisen wie die amerikanische Bankenkrise 2008 oder die europäische Staatsschuldenkrise 2011 protektionistische Maßnahmen erfordern. Wenn die Märkte zusammenbrechen und der Absatz schlagartig wegbricht, hat das in Zukunft auch größere Auswirkungen auf die brasilianische Wirtschaft. Zwar haben die Süd-Süd-Kooperationen zu einer Diversifizierung der Außenhandelsbeziehungen aber gleichzeitig auch zu einer größeren Abhängigkeit vom Außenhandel selbst geführt. Innen- und Außenpolitik beeinflussen sich dadurch noch stärker, als es in der Vergangenheit in Brasilien der Fall gewesen ist. Verhandlungen und daraus resultierende mögliche Kooperationen werden dadurch vor allem auf der innenpolitischen Ebene schwieriger, da unabhängig von der jeweiligen Regierung auch immer die außenpolitische Verantwortung hinsichtlich einzuhaltender Vereinbarungen mitgedacht werden muss. Es muss sich in den nächsten Jahren also erst noch zeigen, inwieweit es

Brasiliens politischer Führung gelingen kann, den von Lula eingeschlagenen multilateralen Weg erfolgreich zu Ende zu gehen. Die bisherigen und neuen Kooperationen müssen auch in Zukunft mit außenpolitischem Geschick weiter intensiviert werden um so das neu gewonnenen Vertrauen in Brasilien zu intensivieren. Brasilien hat die ernsthafte Chance, sich als von allen Seiten anerkannter Vermittler an den nötigen Reformen der internationalen Organisationen führend zu beteiligen. Der Wunsch nach einer gerechteren internationalen Ordnung ist aber auch im Interesse der Industrieländer, auch wenn sich diese in den letzten Jahren Reformen in internationalen Organisationen noch verweigerten um den bisherigen Einfluss zu bewahren. Industrie- und Entwicklungsländer müssen in Zukunft noch enger zusammenarbeiten und eine Ordnung im internationalen System ermöglichen, die allen Staaten eine faire Teilhabe und demokratische Mitsprache ermöglicht. Das bleibt die Herausforderung für die künftige brasilianische Außenpolitik.

6. Bibliografie

Amorim, Celso (2010): Brazilian Foreign Policy under President Lula (2003-2010): an overview, in: Revista Brasileira de Política Internacional 53 (special edition), S. 214 - 240

Birle, Peter / Gratius, Susanne (2010): Die Außenpolitik, in: Costa / Kohlhepp / Nitschack / Sangmeister (Hrsg.): Brasilien heute, S. 297 - 316 , Vervuert Frankfurt am Main, 2010

Cason, Jeffrey W. / Power, Timothy J. (2009): Presidentialization, Pluralization, and the Rollback of Itamaraty- Explaining Change in Brazilian Foreign Policy Making in the Cardoso-Lula Era, in: International Political Science Review 2009 30: 2, S. 117 - 140, International Political Science Association, 2009

Costa, Sergio (2010): Das politische System Brasiliens, in: Costa / Kohlhepp / Nitschack / Sangmeister (Hrsg.): Brasilien heute, S. 114 - 136, Vervuert Frankfurt am Main, 2010

Harnisch, Sebastian (2003): Theorieorientierte Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels, in: Hellmann / Wolf / Zürn (Hrsg.): Die neuen internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, S. 313 - 360, Baden Baden

List, Martin (2006): Internationale Politik studieren. Eine Einführung; in: Benz / Lütz / Simonis (Hrsg.): Grundwissen Politik, S. 13 – 22, VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, 2006

Nye, Joseph S. (2005): Understanding International Conflicts, An Introduction to Theory and History; 5th Edition, Pearson Longman New York, 2005

Patel, Mayur (2007): New Faces in the Freen Room: Developing Country Coalitions and Decision-Making in the WTO, Global Trade Governance Project GEG Working Paper, Oxford, 2007

Putnam, Robert D. (1988): Diplomacy and Domestic Politics: The logic of Two-Level Games, in: *International Organization* 42: 3, S. 427 - 460, 1988

Schmalz, Stefan (2009): Brazil in the Global Trade System – Towards a „New Axis of the South“?, Paper at the 50th Annual Meeting of the International Studies Association (ISA), New York City, 2009

Seifert, Jurek (2009): Die strategische Funktion der Süd-Süd-Kooperationen in der Außenpolitik Brasiliens, Masterarbeit, Eberhard Karls-Universität Tübingen, 2009

Sorares de Lima, Maria Regina / Hirst, Monica (2006): Brazil as an intermediate state and regional power: action, choice and responsibilities, in: *International Affairs* 82: 1, The Royal Institute of International Affairs, 2006

Vigevani, Tullo / Cepaluni, Gabriel (2007): Lula's Foreign Policy and the Quest for Autonomy through Diversification, in: *Third World Quarterly* 28: 7, S. 1309 – 1326, Taylor & Francis, 2007

Weltbank (2011): World Development Indicators Online, The World Bank Group, <http://data.worldbank.org>, 2011